

Kocka, Jürgen

**Book Part — Digitized Version**

## Umbrüche - aber ohne neue utopische Ideen: die Sogkraft des Nationalen und der Beitrag der Bundesrepublik zur Revolution in der DDR

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Kocka, Jürgen (1992) : Umbrüche - aber ohne neue utopische Ideen: die Sogkraft des Nationalen und der Beitrag der Bundesrepublik zur Revolution in der DDR, In: Udo Wengst (Ed.): Historiker betrachten Deutschland: Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdebatte (Februar 1990-Juni 1991), ISBN 3-416-02392-7, Bouvier, Bonn ; Berlin, pp. 98-109

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112341>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

## Umbrüche – aber ohne neue utopische Ideen

### Die Sogkraft des Nationalen und der Beitrag der Bundesrepublik zur Revolution in der DDR

(Aus: „Frankfurter Rundschau“ vom 11. 7. 1990)

Auf der Linken setzt sich die melancholische Deutung durch, daß die radikaldemokratische Kraft der DDR-Revolution durch deren nationale Wende seit November 1989 verschüttet worden sei. Weil sich die DDR so schnell der Bundesrepublik in die Arme warf oder – schlimmer noch – weil sie so schnell von der Bundesrepublik umarmt und gelenkt wurde, kam die sich abzeichnende demokratische Erneuerung des Sozialismus ins Stocken. An die Stelle revolutionärer Erneuerung der DDR aus eigener Kraft trat die Politik der Integration der DDR in das durchaus unrevolutionäre System der Bundesrepublik. Nicht nur eine Revolution fand statt, sondern auch ihr Abbruch, und dazu trugen das nationale Einigungsverlangen und die darauf gestützte „Anschlußpolitik“ Bonns entscheidend bei.

Die Erfahrungen derer, die die Revolution im Oktober [1989] anführten, beglaubigen diese Sicht. Nach dem Triumph der Massendemonstrationen am 4. November erlebten sie den Mauerbruch des 9. November oft schon ambivalent: nicht nur als Zuwachs an Freiheit, sondern auch als Anfang des Endes der DDR, die die meisten von ihnen ändern, aber weder verlassen noch auflösen wollten. Und am 18. März fanden sie sich als Minderheit am Rande, ganz anders als in Warschau und Prag, wo die Revolutionäre – bisher – auch die Nachrevolution gewannen.

Diese Deutung greift jedoch zu kurz und ist in Gefahr, zur Legende zu werden. Nation und Revolution standen 1989/90 nicht nur im Gegensatz zueinander. Ihr Verhältnis war vielmehr äußerst verwickelt.

Zweifellos war die Revolution in der DDR ein Teil des mittel- und osteuropäischen Revolutionsprozesses, der 1989 zu einem großen Jahr des Fortschritts in der Geschichte von Freiheit und Demokratie gemacht hat. Sie hing von den vorausgehenden Umbrüchen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn ab, wie sie umgekehrt die Entwicklungen in der Tschechoslowakei beschleunigte. Die Regimes fielen wie die Steine im Dominospiel.

Zweifellos ähnelten sich die Umbrüche in den verschiedenen Ländern. Nirgendwo folgten sie neuen utopischen Ideen, noch brachten sie solche hervor. Theorien eines dritten Weges zwischen östlichem Staatssozialismus und westlicher, sozialdemokratisch zivilisierter Marktwirtschaft, zwischen diskreditierter Diktatur und parlamentarischer Demokratie wurden gesucht, aber nicht gefunden. Die Revolutionen von 1989 wurden von demokratischen und freiheitlichen Ideen geleitet, die auf die Durchsetzung der Grundprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft (civil society) und repräsentativer, pluralistischer, rechts- und verfassungsstaatlicher Regierungsformen zielen und Teil der Tradition westlichen politischen Denkens zumindest seit der Aufklärung sind. In diesem Sinne waren die Revolutionen von 1989 Aufhol-Revolutionen. In diesem Sinn hat das Jahr 1989 wirklich gezeigt, daß die Französische Revolution die Zukunft der Russischen war und nicht umgekehrt (so Furet).

Wie überall, außer in Rumänien, verlief die Revolution auch in der DDR bemerkenswert gewaltfrei und zum großen Teil sogar ohne Rechtsbrüche. Überwiegend wurde der Systemwechsel zwar durch Druck von Massen außerhalb der Parlamente und Parteiführungen erzwungen, aber dann doch unter Respektierung gesetzlicher und innerparteilicher Verfahren vollzogen, die das alte System bereithielt. Die großen Revolutionen in Frankreich und Rußland brachen das Recht des vorausgehenden Ancien regime und brachten sein Führungspersonal um. Die nationalsozialistische Diktatur ging nur gewaltsam unter, in einem von ihr angezettelten Krieg und einer von ihr zu verantwortenden Katastrophe. Ähnlich wie die post-faschistischen Diktaturen in Spanien und Portugal verfügten dagegen die post-stalinistischen Dik-

taturen Mittel- und Osteuropas 1989 über ein rechtlich-politisches System, das sich nach Wegfall der außenpolitischen Abstützung durch die Sowjetunion und unter dem Druck der Volksbewegungen als flexibel genug erwies, schnellsten Wandel ohne Gewalt und ohne viel Rechtsbrüche zu ermöglichen.

Der Preis: Unterhalb der obersten Führungsebene änderte sich zunächst einmal wenig, von den bürokratischen Apparaten blieb strukturell und personell viel intakt, die Revolution war in hohem Maß Überbauphänomen, die Basis muß sich noch ändern. Der Umbruch ist noch längst nicht vorbei, und er verläuft in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich.

Schließlich ähnelten sich die Revolutionen von 1989 in ihren Ursachen. Vieles, sehr vieles kam da zusammen. Aber entscheidend war doch: die tiefe Schwächung der Sowjetunion, der letzten großen supranationalen Hegemonialmacht in Europa, in engster Verbindung mit der sich herausstellenden Niederlage des Staatssozialismus im Wettbewerb mit dem Westen. Das Versagen in der Systemkonkurrenz ermöglichte erst den Aufstieg eines Gorbatschow, der die Breschnew-Doktrin zurücknahm und damit den osteuropäischen Regierungen die entscheidende Grundlage ihrer im Innern nicht genug legitimierten Macht entzog.

Was sich da in der Sowjetunion Mitte der 80er Jahre aus welchen Gründen im einzelnen abgespielt hat, ist schwer zu erkennen. Sicherlich spielte die vergebliche Überspannung der sowjetischen Kräfte in Afghanistan ihre Rolle, vielleicht auch das Gemisch aus Entspannungsangeboten und Hochrüstungspolitik, das der Sowjetunion aus dem Westen entgegentrat. Vielleicht sah sich die Führung zunehmend mit Legitimationsschwierigkeiten konfrontiert, vielleicht antizipierte sie Unruhen.

Letztlich dürfte aber eine im Kern ökonomische, sich langfristig aufbauende Effizienzschwäche zugrundegelegen haben, die in der Konfrontation und im Wettbewerb mit dem nicht-sozialistischen Westen zur Existenzgefährdung wurde und die in klassisch-marxistischer Weise zu erklären ist: als Widerspruch zwischen den Entwicklungsimperativen einer sich rapide verändernden, zunehmend auf Information und ihrer optimalen Verwer-

tung fußenden, dezentrale Steuerung verlangenden Produktionsweise unter Bedingungen der dritten industriellen Revolution einerseits, der Unbeweglichkeit und Starre von Produktionsverhältnissen andererseits, die zu nicht-offenen Gesellschaften mit zentralem, letztlich diktatorischem Steuerungsmonopol wesentlich hinzugehören. Anders ausgedrückt: Wenn es um den Bau von Eisenbahnen, Hochöfen und Textilfabriken geht, mögen Industrialisierung, Zentralverwaltungswirtschaft und diktatorisch gegängelte Gesellschaftsordnung ein Stück weit vereinbar sein. Wenn es um Mikroprozessoren und EDV-basierte Informationssysteme, um die Fähigkeit zu exponential beschleunigtem Wandel und Anpassung an nichtvorausgesagte Änderungen geht, vermutlich nicht.

Die DDR-Revolution hat sich dennoch von den Revolutionen der anderen ehemals sozialistischen Länder grundsätzlich unterschieden, weil die nationale Lage der DDR einmalig war: konfrontiert mit der Existenz eines anderen Staats gleicher Nation, der letztlich mit der Existenz zweier deutscher Staaten nie seinen Frieden gemacht hat.

In der DDR fehlte es an Entsprechungen zur tschechoslowakischen Charta 77, zur polnischen „Solidarität“ und zum kräftigen Reformkommunismus Ungarns. Sicher hat die Revolution auch in der DDR ihre Vorgeschichte: vom Einmarsch in Prag 1968 über die zahlreichen Ausbürgerungen, die Friedensgebete in den Kirchen und die Ansätze zur ökologischen Bewegung bis hin zum Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ im Herbst 1988, den illegalen Demonstrationen und Verhaftungen am Rand offizieller Feierparaden und der Fälschung der Kommunalwahl im Mai 1989.

Aber im Ganzen blieb die innere Opposition in der DDR sehr viel schwächer als in den genannten Ländern. Das lag an der größeren Absorptionskraft der SED – verglichen mit den kommunistischen Staatsparteien der anderen Länder – und überhaupt an der größeren Leistungsfähigkeit der DDR im Vergleich zu ihren östlichen Nachbarn. Das hing auch mit dem teils erzwungenen, teils freiwilligen Abstrom wirklicher und möglicher Dissidenten

in die aufnahmebereite Bundesrepublik zusammen. Umgekehrt zeigten sich die ostdeutschen Kommunisten bis zuletzt besonders reformfeindlich, weil sie anders als ihre Kollegen in Moskau, Warschau und Budapest fürchten mußten, daß jede Abmilderung des scharfen Systemunterschieds zwischen DDR und Bundesrepublik rasch an die Existenzgrundlage ihres Staates rühren würde, der nur als sozialistischer, nicht aber als deutscher seine gesonderte Daseinsberechtigung besaß.

Aus ähnlichen Gründen standen der Revolution in der DDR zunächst nationale Argumente und Symbole als Mittel der Mobilisierung nicht zur Verfügung. Anders als der Umbruch in Warschau, Budapest und Prag fand die Revolution in Leipzig, Ost-Berlin und anderen DDR-Städten vom Beginn der großen Demonstrationen in der zweiten Hälfte September bis zum Fall der Mauer am 9. November 1989 ohne nationale Töne statt. Den Sprecherinnen und Sprechern des „Neuen Forum“ und anderen Exponenten der Revolution ging es um die demokratische Veränderung ihres Staates, nicht aber um die Infragestellung seiner Selbständigkeit. Bis Mitte November spielten auch auf den großen Straßendemonstrationen Wiedervereinigungsforderungen keine Rolle, sie scheinen geradezu tabu gewesen zu sein. Entsprechend wurde das Thema von der westdeutschen Politik gemieden. Die entscheidenden Durchbrüche der Revolution in der DDR wurden ohne die Dampfkraft nationaler Parolen erreicht.

Indirekt jedoch hat die Tatsache, daß die DDR nur einer von zwei deutschen Staaten war und der andere die Zweistaatlichkeit nie wirklich akzeptierte, ganz erheblich zur ostdeutschen Revolution beigetragen, und zwar von Anfang an. Denn ohne die Existenz einer attraktiven, aufnahmefähigen und aufnahmebereiten Bundesrepublik, deren einheitliches, die Zweistaatlichkeit unterlaufendes Staatsbürgerschaftsgesetz die sofortige Aufnahme der Deutschen aus der DDR als Bürger mit allen Rechten zwingend vorschrieb und faktisch als Einladung wirkte, wäre es nicht zu jenem Massenexodus von Ost nach West gekommen, der mit der Durchlöcherung der ungarischen und polnischen Grenzen im Sommer 1989 einsetzte. Diese Abwanderung wiederum war es,

die die mangelnde Attraktivität des ostdeutschen Systems eindrucksvoll vorführte, es zusätzlich delegitimierte, die Schwäche der Ost-Berliner Regierung enthüllte, seit September im Innern der DDR massive Reformforderungen auslöste und die Straßendemonstrationen mit ihrem Höhepunkt am 9. Oktober in Leipzig auf die Beine zu bringen half. Die destabilisierende Wirkung des nationalen Zusammenhangs mit der Bundesrepublik kompensierte die herkömmliche Schwäche der DDR-internen Opposition.

Während in der Regel, um Albert Hirschman zu zitieren, Abwanderung und Widerspruch – „exit“ und „voice“ – alternative Problemlösungsstrategien darstellen, verstärkten sie sich in diesem Fall wechselseitig: Wie der Exodus die innere Opposition in Bewegung setzte, so wirkte sich deren Erfolg – der Abbau der Freizügigkeitshemmnisse bis hin zum Fall der Mauer – zunächst einmal als Erleichterung der Abwanderung aus. Dieser Mechanismus, der die Revolution antrieb und selbst aus dem nationalen Zusammenhang gespeist wurde, blieb auch in der Folge von entscheidender Wichtigkeit: der Beitrag der Bundesrepublik zur Revolution in der DDR.

Die zweite Phase dieser Revolution reichte von der Öffnung der Mauer am 9. 11. 1989 bis zur gewaltsamen Besetzung der Stasi-Zentrale am 15. 1. 1990. Neben tiefgreifenden Wandlungen brachte sie ernsthafte Versuche der alten Kräfte, ihre Macht unter veränderten Bedingungen neu zu stabilisieren. Im Zentrum einer dritten Phase von Mitte Januar bis zu den Wahlen am 18. März 1990 stand der rapide Verfall des DDR-Machtssystems. In diesen beiden Phasen avancierte die nationale Frage zum beherrschenden Thema der Revolution. Sie wurde im Sinne schneller und voller staatlicher Vereinigung entschieden.

Primär war das sich seit Mitte November formulierende Wiedervereinigungsverlangen in wachsenden Teilen der DDR-Bevölkerung. Es erfuhr bald vorsichtige Unterstützung seitens der großen Parteien und der Regierung in Bonn: Willy Brandt war schon am 10. November öffentlich davon überzeugt, daß jetzt zusammenwachsen werde, was zusammengehört. Helmut Kohl



verkündete seinen Zehn-Punkte-Plan am 28. November. Doch so wichtig solche Initiativen „von oben“ waren – auch für den komplizierten Prozeß des Auslotens und Ausweitens der außenpolitischen Möglichkeiten –, die Politik der Parteien und Regierungen lief der Vereinigungsdynamik hinterher, wie die sich in Demonstrationen und Gegendemonstrationen auf den Straßen Leipzigs, Ost-Berlins und anderer DDR-Städte entfaltete und in zahllosen, grenzüberschreitenden, deutsch-deutschen Alltagskontakten – zwischen Personen und Familien, Firmen und Schulen, Parteigliederungen, Kommunen und Vereinen – „von unten“ her festigte.

Es war ein ungesteuerter, sich selbst beschleunigender Prozeß, den die westdeutschen Politiker nur mit sehr harten Schnitten – Abschnürung des Zustroms – und eindeutigen Verweigerungsaussagen hätten stoppen können, wenn überhaupt. Dazu war die politische Klasse der Bundesrepublik jedoch in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Überzeugung nicht bereit, dahin wurde sie auch nicht von kräftigen Strömungen der westdeutschen Öffentlichkeit gedrängt, dazu wäre sie wohl auch aufgrund von Vorgaben des Grundgesetzes und im Licht vielfältiger Festlegungen der vorangehenden Jahrzehnte kaum in der Lage gewesen. Im Gegenteil, spätestens seit Januar 1990 erwiesen sich die Rhetorik und die Versprechen der konkurrierenden Parteiführer als mächtige Faktoren, die den Vereinigungsprozeß selbständig anheizten.

Die nationale Wende der Revolution geriet mit dem Kampf für Demokratisierung und Liberalisierung nicht in Konflikt. Im Gegenteil, in der deutschen Konstellation von 1989/90 konnte man die Unterstützung für nationale Ziele und Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte, parlamentarische Demokratie und freiheitlichen Verfassungsstaat unschwer miteinander verbinden. So geschah es auch, in fast allen Parteien. Der entstehende Konsensus war breit. Nationale und liberal-demokratische Forderungen standen 1989/90 in engster Allianz, ähnlich wie 1848, aber im Gegensatz zum wilhelminischen Reich, zu Weimar und zur NS-Diktatur: die bemerkenswerte Revision eines alten Musters.

Die nationale Wende der Revolution erschwerte jedoch ihre Fortsetzung mit radikal-demokratischen Mitteln. Die bundesrepublikanischen Regeln wurden rasch maßgebend, die Regeln der parlamentarischen Partei-Demokratie. Aber wie weit wäre denn die radikal-demokratische Erneuerung der DDR – von der Bundesrepublik alleingelassen – gekommen, nachdem die Mauer gefallen war? Welche Massen standen denn auf Dauer hinter den radikalen Demokraten des Neuen Forums? Sicherlich nicht die Mehrheit der „Werk tätigen“, nicht einmal die meisten Studenten, die in der Revolution viel zu verlieren hatten. Und wo blieben zum Beispiel die Historiker? Sie verhielten sich bemerkenswert still. Die Anpassung war weit gegangen. Sechs Jahrzehnte Diktatur gehen an einer politischen Kultur nicht spurlos vorbei. Es ist nicht leicht, sie von innen heraus umzugestalten. Zu viele waren absorbiert.

Eine radikal-demokratische Erneuerung aus eigener Kraft hätte vermutlich sehr wenig Chancen gehabt. Wie man in Rumänien sieht und aus der Geschichte weiß, kann eine Revolution auch Rückschritte erleiden. Besonders, wenn sie so friedlich war und die Apparate nicht wirklich umgestaltete wie in diesem Fall. Man kann deshalb argumentieren, daß die Vereinigung mit der Bundesrepublik und ihrem eingespielten parlamentarisch-demokratischen System für die Bevölkerung der DDR der am ehesten begehbare Weg war und ist, die zerstörerische Bürde von vielen Jahrzehnten Diktatur zu überwinden und wichtige demokratisch-liberale Errungenschaften ihrer Revolution zu sichern.

Insofern ist es konsequent und richtig, die Vereinigung als Integration der DDR in die Bundesrepublik und nicht als „Zusammenwachsen“ auf mittlerem Grund oder als Kompromiß zwischen West und Ost zu vollziehen. Daß allerdings das tragfähige System der Bundesrepublik in seiner konservativsten Form nach Osten hin ausgedehnt wird und überdies vorwiegend als „Reform von oben“ statt als Produkt partizipatorischer Prozesse, folgt daraus nicht und ist durchaus bedauerlich.

Mit ihrer nationalen Wende geriet die Revolution in scharfen Gegensatz zu jedwedem Sozialismus. Während ihre erste Phase

mit der Idee einer selbständig bleibenden und weiterhin sozialistischen, wenn auch radikal demokratisierten und liberalisierten DDR verknüpft oder doch vereinbar gewesen war, implizierte die Hinwendung zur Bundesrepublik in der zweiten und dritten Phase nicht nur den Verzicht auf die Selbständigkeit der DDR, sondern auch die Absage an jedwedes „Experiment“ mit einem zugleich demokratisch-freiheitlichen und effizienten Sozialismus. Diejenigen, die die Revolution in ihrer ersten Phase geführt hatten – mit hohem Risiko, unkonventionellen Ideen und bewundernswertem Mut –, gerieten nicht zuletzt deshalb so schnell ins Abseits.

Doch sollte man keine Legenden bilden. Die Entwicklung eines demokratischen und leistungsfähigen Sozialismus in der DDR ist nicht etwa deshalb gescheitert, weil sich die DDR so schnell der Bundesrepublik in die Arme warf oder weil sie so schnell von der Bundesrepublik umarmt und gelenkt wurde. Es war eher umgekehrt: Gerade weil es in dieser historischen Situation an einem einigermaßen genauen, theoretisch durchdachten und praktikablen Modell des demokratischen Sozialismus als leistungsfähiger Alternative zum diskreditieren diktatorischen Staatssozialismus des Ostens einerseits, zur westlichen, sozialstaatlich überwölbten Marktwirtschaft (einschließlich ihrer sozialdemokratischen Fortentwicklungsmöglichkeiten) andererseits fehlte, ließ es sich so schwer für die Fortexistenz eines selbständigen ostdeutschen Staates argumentieren. Gerade weil der Sozialismus so tief diskreditiert war, wandten sich so viele in der DDR der sich anbietenden bundesrepublikanischen Alternative zu.

Zwischen November 1989 und März 1990 bezog die Forderung nach nationalstaatlicher Einigung ihre Stoßkraft vor allem aus der DDR. Sie resultierte aus dem Zusammenbruch der Selbstanerkennung des DDR-Staatsvolkes, aus einem Kollaps, hinter dem die Unterlegenheit des diktatorischen Staatssozialismus stand. Ein Vakuum an kollektiver Identität war die Folge, das sich zur Auffüllung durch national-deutsche Angebote eignete, die bis dahin eher untergründig weitergelebt hatten und durch die offizielle Nationalrhetorik aus der Bundesrepublik immer neu bestätigt worden waren.

Vor allem aber verbarg sich in dem anschwellenden Ruf der Ostdeutschen nach nationaler Einheit das Verlangen, das ausgeprägte Gefälle an Lebensqualität schnell zu reduzieren, das sie von den bessergestellten Westdeutschen trennte. Daß man unter einem gemeinsamen staatlichen Dach und auf dem Boden einer gemeinsamen Verfassung den Vorsprung der Westdeutschen schneller und sicherer aufholen würde als wenn man auf zwei Staaten verteilt blieb, das stand und steht für eine erdrückende Mehrheit von DDR-Bürgern eindeutig fest. Im Grundsatz haben sie recht.

Im nationalen Interpretationsrahmen wurde offensichtliche Ungleichheit als ungerechte Benachteiligung definiert. Mit Verweis auf die nationale Zugehörigkeit forderte man ihren Abbau. Auf diesem Hintergrund gewann die Vereinigungsforderung ihre elementare Kraft. Ohne die Tolerierung, Legitimierung und Ermutigung seitens der westdeutschen Politik und der westdeutschen Gesellschaft wäre diese nationale Mobilisierung der Ostdeutschen allerdings kaum möglich gewesen.

An nationaler Begeisterung fehlt es zum Glück in der Bundesrepublik. Die Konsequenzen der Vereinigung für die einzelnen werden nur allmählich klar. Besorgnis und Skepsis sind weit verbreitet. Aber im Ganzen verweist die bisherige Haltung der Westdeutschen wie die der Ostdeutschen – abgesehen von derzeit nur kleinen Minderheiten auf beiden Seiten – auf die weiterhin große Wirksamkeit des nationalen Zusammengehörigkeitsbewußtseins, durch das Politik legitimiert werden kann, selbst wenn sie auf eine gewisse Umverteilung von Rechten und Pflichten abzielt.

Der Selbstverständlichkeit, mit der die Ostdeutschen „have-not's“ nach einigem Zögern ihr Verlangen nach ökonomischer und sonstiger Gleichstellung als Recht aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur gleichen Nation wie die Westdeutschen „have's“ formulierten, entspricht – trotz allmählich stärker werdender Gegentendenzen – die Selbstverständlichkeit, mit der die große Mehrheit der Westdeutschen bisher darauf verzichtet hat, diese Umverteilungszumutung als unbillig zurückzuweisen. Was die

Ostdeutschen von den Engländern oder selbst den Österreichern nie zu erbitten wagen würden, von den Westdeutschen erwarten sie es. Was die Westdeutschen den Polen vermutlich verweigern würden, den Ostdeutschen gewähren sie es. Gerecht ist das nicht, aber national.

Diese nationale Solidarität ist sicher zerbrechlich, leicht zu überfordern und weder natürlich noch ewig. Sie hat nicht viel mit Chauvinismus zu tun. Sie drängt andere, konkurrierende, überschneidende Loyalitäten nicht notwendig in den Hintergrund. Sie steht der europäischen Einigung nicht im Wege. Sie ist in der Bevölkerung ungleich verteilt, die Jüngeren stehen ihr ferner als die Älteren.

Aber die letzten Monate haben gezeigt, daß auch in Deutschland nationale Identitäten überlebt haben, politisch tragfähig sind und politisch abgerufen werden können, keineswegs nur auf der Rechten des politischen Spektrums. Gleich anderen Glaubenssystemen bedürfen sie kaum der ausdrücklichen Legitimation. Falls doch, wurde in den Diskussionen der letzten Monate gern auf die gemeinsame Geschichte der Deutschen verwiesen, die gerade aufgrund ihrer dunklen Perioden – Nationalsozialismus, Weltkrieg, Niederlage – gemeinsame Pflichten und Verantwortungen begründe. Dies ist interessant. Die unübersehbare Aufwertung nationaler Zugehörigkeit und Identität führt nicht notwendig zur Verdrängung oder „Entsorgung“ geschichtlicher Erinnerung. Nationale Selbstbesinnung und ein wahrheitsgemäßes Verhältnis zur gemeinsamen Geschichte – gerade auch zu ihren Brüchen und Katastrophen – können geradezu aufeinander angewiesen sein.

Die letzten Monate waren voll von bewegenden Momenten. Nie seit 1945 hat sich historischer Wandel so beschleunigt. Zum Teil erlebte man ihn. Das läßt sich erzählen. Kaum einer hat prognostiziert, was geschah. Aber aus der Unvoraussagbarkeit historischen Wandels folgt nicht seine Unerklärbarkeit. Will man erklären, um sich zu orientieren, muß zur erzählenden Rekonstruktion der Erfahrungen die Analyse der langfristigen und kurzfristigen Bedingungen treten. Die Analyse entwertet die erzählten Erfahrungen nicht, aber sie bettet sie ein, rückt sie in Per-

spektive und geht über sie hinaus. Sie hat noch kaum begonnen. Wie sie ausgeht und wie sie unser Bild von der jüngeren deutschen Geschichte ändern wird, zeichnet sich bisher nur in Ansätzen ab.